

Brasiliens politische Dauerkrise: Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff kehrt keine Ruhe ein

Dilger, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dilger, G. (2016). Brasiliens politische Dauerkrise: Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff kehrt keine Ruhe ein. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 36(2), 344-353. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v36i142-143.24684>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Gerhard Dilger

Brasiliens politische Dauerkrise Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff kehrt keine Ruhe ein *

Den unübertroffenen Höhepunkt des kalten Putsches in Brasilien markiert die Abstimmung im brasilianischen Abgeordnetenhaus vom 17. April 2016: 367 von 513 ParlamentarierInnen votierten mit den abenteuerlichsten Begründungen für die Amtsenthebung (*impeachment*) von Präsidentin Dilma Rousseff von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PT. Im Mai folgte dann der Senat mit 55 von 81 möglichen Stimmen dafür. Die Staatschefin wurde suspendiert, doch Interimspräsident Michel Temer legte einen fulminanten Fehlstart hin – sein Kabinett aus weißen, vorwiegend alten Männern wird in Umfragen als ebenso korrupt eingestuft wie die PT-geführte Regierung.

Die glücklose Präsidentin, ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva und die PT sind am wiederhergestellten Bündnis der alten Eliten gescheitert, das neben der reaktionären Mehrheit im Kongress die zentralen Kräfte des Unternehmerlagers, die großen Medien und wichtige Teile des Justizapparats umfasst. Doch den Weg zur historischen Niederlage haben sie durch eigene strategische Fehler geebnet.

Nachdem Temers programmatisch amorphe Zentrumspartei PMDB (*Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens*), Koalitionspartner der PT seit 2005, am 29. März 2016 den Austritt aus der Regierung verkündet hatte, gab es auch bei den kleineren rechten Parteien kein Halten mehr. Am Tag der Abstimmung im Parlament war das Regierungslager auf seinen harten Kern zusammengeschmolzen: die PT, die *Kommunistische Partei* (PCdoB), die *Demokratische Arbeitspartei* (PDT) sowie einige DissidentInnen quer durch das politische Spektrum. Mit Nein stimmten zudem alle sechs Abgeordneten der linken Oppositionskraft *Partei für Sozialismus und Freiheit* (PSOL).

* Aktualisierte Version von: Dilger, Gerhard: *Brasiliens Putschisten wollen die ganze Macht – Motive und Hintergründe für das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff*. Standpunkte 07/2016 (April 2016), Rosa-Luxemburg-Stiftung, <http://www.rosalux.de/publication/42290/brasiliens-putschisten-wollen-die-ganze-macht.html>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Operettenputsch in Zeitlupe

Das ganze Elend der brasilianischen Politikerkaste – gegen rund 300 Abgeordnete wird wegen diverser Schiebereien ermittelt – kam in einer grotesken fünfstündigen Parlamentssitzung zum Vorschein, in der die politisch gelähmte, aber in Sachen Korruption kaum angreifbare Präsidentin wegen „Verantwortlichkeitsverbrechen“ verurteilt wurde (Fischermann 2016a). Hinter diesem Begriff verbergen sich Haushaltstricksereien, eine in Brasilien übliche und kaum geahndete Regierungspraxis (Weisbrot 2016). Regie führte Rousseffs machiavellistischer Intimfeind, Parlamentspräsident Eduardo Cunha (PMDB), der sich trotz Schmiergeldern in Millionenhöhe auf Schweizer Konten und zahlreicher anderer Beschuldigungen einer Verurteilung bislang entziehen konnte – das brasilianische Justizwesen ist nicht nur extrem langsam, sondern viele seiner Akteure sind auch sehr parteiisch. „Gott erbarme sich unseres Landes“, sagte der bestens vernetzte Rechtsevangeli- kale vor seiner Stimmabgabe inmitten tumultartiger Szenen, in denen auch Verwandte, Freunde, ein Folterer der Militärdiktatur, die brasilianischen Versicherungsmakler sowie der Frieden in Jerusalem beschworen und Cunha zugleich als „Gangster“ beschimpft wurden¹ (Glüsing 2016b). Wenige Tage später, am 5. Mai, wurde Cunha dann vom Obersten Gerichtshof als Parlamentspräsident abgesetzt – wegen Korruptionsvorwürfen.

Große Teile der alten Eliten, die sich während der gut 13-jährigen Regierungszeit von Lula da Silva (2003-2010) und Dilma Rousseff (seit 2011) in einen Sozialpakt mit der PT und dem ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverband *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) hatten einbinden lassen, haben also das sinkende Schiff verlassen. Rousseffs Vize Michel Temer, 75, ebenfalls PMDB, bislang eher bekannt als „begabter Strippenzieher und Postenschieber im Hintergrund“ (Herrmann 2016), wurde am 12. Mai zum Interimspräsidenten ernannt und nahm einen politischen Rollback auf sämtlichen Ebenen in Angriff (Fischermann 2016b).

Wie es in den kommenden Monaten weitergehen wird, lässt sich nur spekulieren. Die politische Lage in Brasilien sei derzeit so, dass es unmöglich sei, irgendwelche Vorhersagen über 24 Stunden hinaus zu machen, sagte der Politologe André Singer im April in einem persönlichen Gespräch. Zu analysieren ist hingegen, wie es so weit kommen konnte, dass die PT,

1 „Why vote to impeach Dilma Rousseff?“ In: *The Economist*, 18.4.2016, <http://www.economist.com/news/americas/21697095-hardly-any-federal-deputies-favour-impeachment-gave-stated-charges-their>, letzter Aufruf: 4.7.2016. Ein entsprechender Artikel in der spanischen Zeitung *El País* trägt den schönen Titel: „Gott stürzt die Präsidentin“, http://internacional.elpais.com/internacional/2016/04/18/actualidad/1460935957_433496.html, letzter Aufruf: 4.7.2016.

immerhin die wichtigste Linkspartei Lateinamerikas, vor einem Scherbenhaufen steht.

Dilmas Wahlbetrug

Rousseffs zweite Amtszeit stand unter keinem guten Stern. Zwar konnte sie durch einen furiosen Wahlkampfendspurt, in dem sie einen Großteil der zunächst zögerlichen sozialen Bewegungen hinter sich scharen konnte (Dilger 2014), am 26. Oktober 2014 die Stichwahl gegen den konservativen Kandidaten Aécio Neves (PSDB – *Sozialdemokratische Partei Brasiliens*) mit 51,4 Prozent der gültigen Stimmen für sich entscheiden. Doch dann schlug die gelernte Ökonomin genau jenen neoliberalen Wirtschaftskurs ein, mit dem vor der Wahl Neves und die drittplatzierte Ex-Grüne Marina Silva für sich geworben hatten.

Mit Joaquim Levy machte sie einen Banker und waschechten Chicago Boy zum Finanzminister. Levay setzte einen „rezessiven Schock“ in Szene, der nicht nur Rousseffs Wahlversprechen Lügen strafte, sondern auch eine radikale Abkehr von ihrer neokeynesianischen Politik in den ersten beiden Jahren ihrer ersten Amtszeit darstellte. Mit einem neokeynesianischen Kurs hatte sie, weitaus dezidierter als zuvor Lula, versucht, ähnlich wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1933-1945) die soziale Ungleichheit zu verringern und den Grundstein zur Bildung einer breiten Mittelschicht zu legen. Mit „unerwarteter Kühnheit“ habe Rousseffs Wirtschaftsteam zunächst auf Staatsintervention und Niedrigzinspolitik gesetzt, rekapituliert Singer, doch auf Druck des Finanzkapitals und schließlich auch vieler zunächst aufgeschlossener UnternehmerInnen ruderte die Präsidentin schließlich zurück (Singer 2015).

Ein Grund dafür war nicht zuletzt das Ende des Rohstoffbooms, der zuvor sämtlichen südamerikanischen Linksregierungen Spielräume für umfangreiche Sozialprogramme verschafft hatte. Leider hatte man diese Bonanza auch in Brasilien nicht dazu genutzt, um den Produktionsapparat zu diversifizieren und dadurch die große Exportabhängigkeit zu reduzieren, im Gegenteil. Außerdem wurden pharaonische und korruptionstreibende Megaprojekte wie die Flussumleitung des Rio São Francisco im Nordosten zu Milliardenengräbern.

Die Auswirkungen der nun von Rousseff betriebenen Austeritätspolitik ließen nicht auf sich warten. Brasilien erlebt die heftigste Rezession seit Jahrzehnten: 2015 sank das BIP um 3,5 Prozent, für 2016 sind die Aussichten ähnlich düster. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste auf breiter Ebene. Zeitweise sanken die Popularitätswerte der

Staatschefin in den einstelligen Bereich, die PT-Basis drängte – erfolglos – auf einen erneuten Kurswechsel.

Juni 2013: Verpasste Chance

Doch nicht nur auf ökonomischer Ebene zeigte sich Rousseff beratungsresistent. Im kollektiven Gedächtnis präsent sind noch immer die Massenproteste vom Juni 2013 gegen Fahrpreiserhöhungen, die Milliardenausgaben für die Fußball-WM, gegen strukturelle Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch damals schon: gegen „die Korruption“, die Regierung, die PT. Daraufhin ließ das mehrheitlich konservative Parlament flugs ein paar umstrittene Gesetzesentwürfe in der Schublade verschwinden (Dilger 2013). Der von manchen erhoffte Linksschwenk der Regierung blieb jedoch aus. Wie schon so oft seit 2003 fügte sich die vom Mehrheitsflügel um Lula dominierte PT in die scheinbar unvermeidliche Koalitionslogik, die politisch bereits angeschlagene und von den sozialen Bewegungen entfremdete Präsidentin beließ es bei kurzatmigen Reformversuchen.

Im Rückblick können die Ereignisse im Juni 2013 hingegen als Aufbruchsmoment einer Bewegung von jungen, neuen, stramm neoliberalen Rechten gelten, die seither – vor allem mit tatkräftiger Hilfe der mächtigen Mainstreammedien – die Hegemonie auf den Straßen übernommen hat. Die linken, oft autonom und entsprechend regierungskritisch ausgerichteten Gruppen waren hingegen nicht in der Lage, auch nur ansatzweise ein eigenes Projekt jenseits des PT-Pragmatismus zu skizzieren. In der Stichwahl dürften sie zwar noch zumindest teilweise zum Sieg Rousseffs beigetragen haben, aber bei der Linken herrscht allenthalben Ratlosigkeit.

In den letzten Wochen konnte Lula nach einer beispiellosen „Hexenjagd“ (Glüsing 2016a), die letztlich dem Amtsenthebungsverfahren den Boden bereitete, zumindest bei seinen früheren Anhängern wieder punkten. Eine vom Meinungsforschungsinstitut *Datafolha* Anfang April 2016 durchgeführte Umfrage belegt, dass er bei einer Präsidentschaftswahl 2018 zusammen mit Marina Silva gute Chancen haben könnte. Die Konservativen hingegen schwächeln laut dieser Umfrage, und Michel Temer lag gar nur bei zwei Prozent Zustimmung.² Der *lulismo*, obgleich „im Koma“, sei also noch nicht ganz abzuschreiben, betonte Singer, Lulas erster Regierungssprecher, im April 2016³.

2 *Datafolha*, 11.4.2016, <http://datafolha.folha.uol.com.br/eleicoes/2016/04/1759695-lula-e-marina-lideram-corrida-eleitoral-e-tucanos-tem-trajetoria-de-queda.shtml>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

3 Persönliches Gespräch.

Wer sind die Putschisten?

Ähnlich wie in Paraguay im Juni 2012, wenn auch mit Ansage und über Monate hinweg, spielt sich in Brasilien ein „kalter“ parlamentarischer Staatsstreich ab, in einem fein abgestimmten Zusammenspiel zwischen Traditionspolitikern wie Temer oder dem rechtsliberalen Expräsidenten Fernando Henrique Cardoso (PSDB, 1995-2002), dem Medienkonzern *Globo*, den Wochenmagazinen *Veja*, *Época* und *Istoé*, sämtlichen Tageszeitungen und wachsenden Teilen der Justiz. Selbst der Oberste Gerichtshof, dessen Mitglieder mehrheitlich von den PT-Präsidenten nominiert wurden, verhinderte das Schauspiel im Abgeordnetenhaus nicht, denn der dort vorherrschenden Lesart zufolge geht es im Kern mit verfassungsrechtlich rechten Dingen zu. „Das *impeachment* ist ein antidemokratisches und elitäres Mittel. Aber es ist legal“, meint der Historiker Daniel Aarão Reis (2016). Nach der Diktatur (1964-1985) habe die von ihr geprägte politische Klasse das bis heute herrschende System entwickelt, um sicherzustellen, dass es im Kern unangetastet bleibe, schreibt der Soziologe Perry Anderson (2016).

Die These eines Staatsstreichs oder zumindest eines klar politischen Prozesses wird hingegen nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von vielen BrasilianerInnen und einer Mehrheit ausländischer BeobachterInnen geteilt. Es handele sich „um einen verfassungswidrigen Umsturz, um einen Staatsstreich, mit dem sich an der Macht Beteiligte und die sie unterstützenden Eliten der gesamten Staatsgewalt bemächtigen“, findet etwa Yesko Quiroga (2016), früherer Büroleiter der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in São Paulo. „In einem Kongress ohne Legitimität werden von der Korruption angeklagten Parlamentariern Mehrheiten gebildet, um die Exekutive zu stürzen und einen Politikwechsel einzuleiten, den sie über Wahlen nicht haben durchsetzen können.“⁴ Kritische Töne kamen auch von den linksliberalen Vorsitzenden der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) und der *Union der südamerikanischen Staaten* (UNASUR).

Das Ziel dieser medial klar dominierenden Rechtsallianz „der Räuber“ ist die Wiederherstellung einer „marktkonformen“ Demokratie ohne viele staatliche Regulative (Fatheuer 2016). International ist ihr das Wohlwollen der Finanzmärkte und ihrer politischen Agenten gewiss: „Time to go“ titelte das Londoner Wochenmagazin *The Economist* bereits Ende März.⁵

4 Leserbrief zu Birle, Peter: *Kalter Putsch?*, IPG-Journal, 7.4.2016, unter: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

5 „Time to go“. In: *The Economist*, 26.3.2016, <http://www.economist.com/news/leaders/21695391-tarnished-president-should-now-resign-time-go>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Im Parlament stellen die so genannten BBB-Abgeordneten (*boi, bíblia e bala* – Bulle, Bibel und Blei, also die Agrar-, Sekten- und Waffenlobby) die absolute Mehrheit. Ihre Mitglieder, meist unbekannte HinterbänklerInnen, stimmten zu vier Fünftel gegen die Präsidentin – manche, wie Eduardo Cunha, gehören allen drei Gruppen an. Ihre Agenda ist zutiefst reaktionär. Ihre Gesetzesvorhaben richten sich gegen ArbeiterInnen, Frauen, Schwarze, Indigene, die *LSBTI-Community* – und die Umwelt. Zumindest teilweise konnte die jetzt zerfallende Regierungskoalition von Dilma Rousseff seit 2011 die ärgsten Auswüchse bremsen, für progressive Reformen fehlt ihr schon längst die Kraft.

Die großen Medien berichten auffällig wohlwollend über diese PolitikerInnen, auch wenn vordergründig Meinungspluralismus propagiert wird. Nun rächt sich, dass weder Lula noch Rousseff in gut 13 Jahren Regierungszeit ernsthaft das private Medienmonopol infrage gestellt haben. Der öffentlich-rechtliche Sender TV Brasil hat gegen die Privaten keine Chance. In den sozialen Netzwerken machen sich Klassenkampf von oben und Rassenhass völlig ungefiltert breit, wie auch auf den großen Demonstrationen der Opposition seit 2015, wo bisweilen ungeniert für eine Rückkehr der Militärdiktatur plädiert wird.

Doch die Unterstützung für das Amtsenthebungsverfahren reicht weit in die bürgerliche Mitte hinein. Auch dort dominieren weniger rechtsstaatliche Überlegungen, sondern vor allem der Wunsch, die trotz ihrer moderaten Politik verhasste PT endlich – und möglichst definitiv – loszuwerden. Liberale UnternehmerInnen, vielfach medial verstärkt, beklagen vor allem die seit 2014 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben, die aber eine Folge der durch marktliberale Rezepte verstärkten Rezession ist.

PT: Im System angekommen

Geradezu tragisch ist die Tatsache, dass sich die PT in der größten Krise ihrer Geschichte befindet, obwohl sie eben eine nach europäischen Maßstäben traditionelle sozialdemokratische Politik des Klassenausgleichs versuchte – ganz anders als etwa Hugo Chávez in Venezuela oder selbst die Kirchners in Argentinien. Nach Lulas zweiter verlorener Wahl 1994 wurde die unkonventionelle Linkspartei der 1980er Jahre gezielt zu einer konventionellen Wahlkampfmaschine umgebaut.

Vor seinem strahlenden Wahlsieg 2002 gelobte Lula gegenüber dem IWF und den Finanzmärkten die Einhaltung geltender Verträge. Statt die Aufbruchsstimmung Anfang 2003 dazu zu nutzen, beherzt Strukturreformen

anzugehen, entschied sich Lula für einen konservativen wirtschaftspolitischen Kurs. Der Rohstoffreichtum wurde etwas gerechter verteilt, aber die Reichen mussten nichts abgeben. Die PT sei wie die PSDB eine Partei des Zentrums geworden, bürokratisiert, verbürgerlicht und „früh gealtert“, kritisierte der Soziologe Francisco de Oliveira bereits Ende 2003 (vgl. Wahl 2004).

Den Korruptionsskandal *mensalão*, bei dem Lulas Präsidentschaftsminister José Dirceu monatliche Zahlungen an konservative Parlamentarier organisierte, saß der Präsident aus. Eine Rückbesinnung der PT auf die hohen moralischen Standards, die sie als Oppositionspartei proklamiert hatte, unterband er. Und all das trotz des klassischen Lula-Zitats aus dem Jahr 1993, als er über „300 Gauner“ im Kongress klagte, die „nur ihre eigenen Interessen“ verteidigten.⁶

Anstatt in Zeiten eigener Stärke eine Reform des politischen Systems – angefangen bei der Wahlkampffinanzierung – in Angriff zu nehmen, ging die PT darin auf. Wie die Enthüllungen der seit zwei Jahren laufenden Untersuchung *Lava Jato* (Autowäsche) zeigen, sind in dem riesigen Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern *Petrobras* nicht nur, aber eben auch Millionenbeträge an die PT geflossen. Gleiches geschah bei anderen Megaprojekten wie dem skandalumwitterten Staudamm Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu, den Lula und Dilma Rousseff gegen sämtliche Widerstände und unter Beugung rechtsstaatlicher Kriterien durchsetzten (Glass 2016).

Mitte März 2016 wurde eine Liste des brasilianischen Baukonzerns *Odebrecht* bekannt, auf der detaillierte Zahlungen an PolitikerInnen jedweder Couleur auftauchen.

„Es handelt sich eben nicht um eine Episode, sondern die illegalen Praktiken waren strukturell und zeigen, wie Politik in Brasilien funktioniert und wie politische Kampagnen finanziert werden: Korruption ist tief in die staatlichen Strukturen und Logiken, Handlungen und Motivationen eingewoben“, sagt die Soziologin Camila Moreno.⁷

Dies zeigte sich erneut nach Temers Amtsantritt: Aussagen eines Kronzeugen führten innerhalb von drei Wochen bereits zu zwei Ministerrücktritten; völlig ungewiss ist es, ob und wie lange sich Senatspräsident Renan Calheiros oder Temer selbst werden halten können.

6 S. <http://www1.folha.uol.com.br/fsp/brasil/fc0205200904.htm>, letzter Aufruf 4.7.2016.

7 „Die ganze politische Klasse ist involviert“. In: *Neues Deutschland*, 4.4.2016, Interview von Camila Moreno mit Ulrich Brand, <http://rosaluxspba.org/de/die-ganze-politische-klasse-ist-involviert/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.

Nicht zuletzt ist die Hybris der beiden PT-Staatschefs eine Ursache der jetzigen Krise. Auf dem Gipfel seiner Popularität, auf dem er die Fußball-WM und die Olympischen Spiele nach Brasilien holte, war Lula ein Superstar auf der Bühne der Weltpolitik, der von Hugo Chávez wie von Barack Obama geschätzt wurde. Die Technokratin Rousseff hingegen, ebenfalls mit einem überdurchschnittlichen Selbstbewusstsein ausgestattet, zeigte sich unfähig, in der Schlangengrube Brasília zu bestehen. Gerade bei ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament – 2003 stellte die PT 91 von 513 Bundesabgeordneten, Mitte Juni 2016 waren es nur noch 59 – ist politischer Dialog unabdingbare Voraussetzung für politischen Erfolg. Doch die Staatschefin verschanzte sich in ihrem Palast mit einer Schar bedingungslos Getreuer hinter ihren Aktenordnern.

Beschwingt vom Rohstoffboom der 2000er Jahre, war Lula Ende 2010 mit einer Popularität von 86 Prozent aus dem Amt geschieden. Doch dass er in bester Caudillo-Manier per Fingerzeig Rousseff zu seiner Nachfolgerin erkor, war sein vielleicht größter Fehler.

Ende des Linksrucks in Südamerika

In Brasilien droht nun ein Rollback, in dem nicht nur die sozialen Errungenschaften aus 13 Jahren PT-Regierung weiter zurückgedrängt werden. Selbst die Werte der Verfassung von 1988, die drei Jahre nach dem Ende der Diktatur in Kraft trat, sind jetzt in Gefahr (vgl. Brand 2016).

Der wahrscheinliche Sturz Dilma Rousseffs ist das jüngste Anzeichen dafür, dass der historisch einzigartige progressive Zyklus in Südamerika zu Ende geht. Nach dem Sieg des Rechtsliberalen Mauricio Macri in Argentinien, der Niederlage des chavistischen Lagers bei der Parlamentswahl in Venezuela und der Absage der BolivianerInnen an Evo Morales, bei der kommenden Präsidentschaftswahl antreten zu können, nun also der kalte Putsch in Brasília. Allerdings sind dessen geopolitischen Implikationen von ganz anderer Reichweite.

Die selbstbewusste Außenpolitik Brasiliens unter Lula hatte zu neuen regionalen Bündnissen und einem nie gekannten Rückgang des Einflusses Washingtons in Lateinamerika geführt; das Begräbnis der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA im argentinischen Mar del Plata 2005 wurde zum Fanal. Doch die Schattenseiten eines ungebrochenen Fortschritts- und Wachstumsdenkens bei der Regierungslinken sind schon seit Längerem nicht mehr zu übersehen (Dilger 2011). Kritische Intellektuelle wie der Venezolaner Edgardo Lander erklärten bereits im September 2015, in Lateinamerika sei der Begriff Sozialismus diskreditiert und unbrauchbar für die politische

Auseinandersetzung – er dachte dabei vor allem an die „bolivarianischen“ Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien.⁸

Im Brasilien der PT-geführten Koalitionsregierungen stand der Sozialismus nie auf der Tagesordnung, bei aller Affinität Lulas zu seinen progressiven AmtskollegInnen. Mehr noch: Es gab nicht einmal ein kohärentes Reformprojekt für Brasilien, immer stärker stand der Machterhalt um seiner selbst willen im Vordergrund. Daher ist die Desillusionierung mit der PT schon viel älter als die jetzige Krise.

Chance zum Neuanfang?

Die Demontage von Dilma Rousseff stellt einen zivilisatorischen Rückschritt dar. Zugleich bietet auch diese Krise die Chance zur Reflexion und (Selbst-) Kritik. Dazu wäre es notwendig, den Staat „als Terrain und Akteur zu begreifen, der sich ständig ‘von unten’, d.h. aus der kritischen Zivilgesellschaft heraus erneuern muss“, schreibt der Politikwissenschaftler Ulrich Brand in Bezug auf Lateinamerika (2016a: 28).

„Das Interessante zu Beginn der Linksentwicklungen in Lateinamerika lag ja darin, in der Krise des neoliberalen Staates eben Politik ganz anders zu denken – als produktives und spannungsreiches Verhältnis von sozialen Bewegungen, solidarischen Praktiken und staatlichen Eingriffen.“ (ebd.)

An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen. Darüber hinaus scheint „ein neues Bewusstsein zu entstehen, das größtenteils ein Produkt der Sozialpolitik der Linksregierungen ist“, meint Raúl Zibechi (2016: 33f) aus Uruguay vielleicht ein wenig zu optimistisch und verweist auf junge, gut ausgebildete brasilianische FavelabewohnerInnen. „Die heutigen Bewegungen sind weniger ideologisch und in ihren Forderungen konkreter, aber nicht weniger schlagkräftig.“ (ebd.) Gerade der Juni 2013 in Brasilien hat gezeigt, dass es ein emanzipatorisches Potenzial gibt, das noch auf der Suche nach Entfaltung ist. Doch das dürfte ein langwieriger Prozess werden. Ob und wann der „brasilianische Frühling“ tatsächlich ausbricht oder gar die Linke in der Region eine zweite Chance bekommt, ist völlig offen.

Literatur

- Anderson, Perry (2016): *Crisis in Brazil*, *London Review of Books*. <http://www.lrb.co.uk/v38/n08/perry-anderson/crisis-in-brazil>, letzter Aufruf: 21.4.2016.
 Brand, Ulrich (2016) (Hg.): *Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?* Hamburg.

8 Vortrag an der Universidad Nacional in Bogotá, 2.9.2015.

- Brand, Ulrich (2016a): „Lateinamerika. Ende es progressiven Zyklus?“. In: Brand 2016, S. 7-35.
- Dilger, Gerhard (2011): „Unser Kompass zeigt gen Süden“. In: *Le Monde Diplomatique*, 8.4.2011, S. 14-15.
- Dilger, Gerhard (2013): „Kein Wunder in Brasilien“. In: *Le Monde Diplomatique*, 12.7.2013, S. 1 u. 16.
- Dilger, Gerhard (2014): *Schafft es Dilma doch noch? Zur Stichwahl in Brasilien*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 20/2014, <http://www.rosalux.de/publication/40860/schafft-es-dilma-doch-noch.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fatheuer, Thomas (2016): „Eine Koalition der Räuber“. In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 502, S. 14-17. http://rosaluxspba.org/wp-content/uploads/2016/04/20160405_BRASILIE_N_AKTUELL-1.pdf, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fischermann, Thomas (2016a): *Brasiliens politischer Karneval*. ZEIT ONLINE, 18.4.2016, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/dilma-rousseff-brasilien-amtsenthebung-abstimmung-parlament>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Fischermann, Thomas (2016b): „Papás ante portas!“ In: *Die Zeit*, Nr. 22/2016, 19.5.2016, <http://www.zeit.de/2016/22/brasilien-michel-temer-dilma-rousseff-uebergangsregierung/komplettansicht>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glass, Verena (2016): „Wer oder was sind die Linken?“ In: *iz3w*, Nr. 353, Dossier, S. 24-26, <http://rosaluxspba.org/de/wer-oder-was-sind-die-linken/>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glüsing, Jens (2016a): *Staatskrise in Brasilien: Kalter Putsch*. SPIEGEL ONLINE, 19.3.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-hexenjagd-auf-lula-ein-kalter-putsch-kommentar-a-1083218.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Glüsing, Jens (2016b): *Parlament gegen Präsidentin in Brasilien: Aufstand der Scheinheiligen*. SPIEGEL ONLINE, 18.4.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-parlament-stimmt-gegen-dilma-rousseff-die-analyse-a-1087707.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Herrmann, Boris (2016): *Der erstaunliche Karrieresprung eines „Dekorationsvize“*. SZ online, 18.4.2016. <http://www.sueddeutsche.de/politik/profil-michel-temer-1.2954485>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Quiroga, Yesko (2016): *Leserbrief zu Birle, Peter, Kalter Putsch?* IPG-Journal online, 7.4.2016. <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/>, letzter Aufruf: 4.7.2016.
- Reis, Aarão (2016): *Trata-se de salvar ou não Dilma, mas para que exatamente?* El País 17.4.2016, http://brasil.elpais.com/brasil/2016/04/16/politica/1460835008_896666.html, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Singer, André (2015): *Cutucando onças com varas curtas – O ensaio desenvolvimentista no primeiro mandato de Dilma Rousseff (2011-2014)*. <http://novosestudos.uol.com.br/v1/contents/view/1604>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Wahl, Achim (2004): „Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr“. In: *Utopie kreativ*, Nr. 167, September 2004, S. 838-849, <http://www.rosalux.de/publication/15727/die-regierung-lula-nach-ihrem-ersten-jahr.html>, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Weisbrot, Mark (2016): *Brazilian Coup Threatens Democracy and National Sovereignty*. Huffington Post, 14.4.2016: http://www.huffingtonpost.com/mark-weisbrot/brazilian-coup-threatens_b_9694928.html, letzter Aufruf: 17.6.2016.
- Zibechi, Raúl (2016): „Südamerikas neue politische Landkarte. Die Krise der linken Regierungen auf dem Subkontinent“. In: *ila*, Nr. 392, Februar 2016, S. 33-34.

Anschrift des Autors:

Gerhard Dilger

dilger@rosalux.de